

# Verlorene Schlachten, verlorene Rechte

Von [David Kopel](#) | NRA-ILA, 16. Juli 1999

**Die Tatsache, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, in Großbritannien praktisch ausgelöscht wurde, liefert wichtige Lektionen für Waffenbesitzer in den Vereinigten Staaten [und in Europa, Anm. d. Übers.]. Die wichtigste: Wenn man nicht für seine Grundrechte eintritt, verliert man sie.**

**Teil 2: Die Zeit ab dem Ersten Weltkrieg, die 1930er, der Zweite Weltkrieg sowie die 1950er und 1960er Jahre**

## III. Der Erste Weltkrieg und die Zeit danach

Der Widerstand der Briten gegen Waffenkontrollen brach schließlich zusammen, als Großbritannien 1914 in den Ersten Weltkrieg eintrat. Die Regierung führte umfassende, strenge Kontrollen als „vorübergehende“ Maßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheit während des Krieges ein. Ähnliche Kontrollmechanismen wurden im Rahmen des Kriegs gegen die Drogen [engl. [war on drugs](#)] im zeitgenössischen Amerika vorgeschlagen und in vielen Fällen auch umgesetzt.

Als der Krieg endete, erwarteten die meisten Briten, dass die Regierung ihnen ihr Waffenbesitzrecht zurückgeben würde, so wie viele Amerikaner vielleicht erwarten, dass die Waffenkontrollen gelockert werden, sollte der „Drogenkrieg“ jemals gewonnen werden. Die Briten haben sich geirrt, als sie ihrer Regierung vertrauten.

„[War is the health of the state](#)“ („Krieg dient der Gesunderhaltung des Staates“) stellte der Historiker Randolph Bourne fest, und es war der Erste Weltkrieg, der die britische Regierung so groß werden ließ, dass sie anfangen konnte, das Recht auf Waffen zu zerstören, das die Briten mehr als zwei Jahrhunderte lang fast ungehindert genossen hatten.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 begann die britische Regierung, sich „Notstandsbefugnisse“ anzueignen. Es wurden „Defense of the Realm Regulations“ („Verordnungen zur Verteidigung des Königreichs“) erlassen, die eine Genehmigung für den Kauf von Pistolen, Gewehren oder Munition im Einzelhandel erforderten.

Als der Krieg 1918 zu Ende ging, rechneten viele britische Waffenbesitzer zweifellos damit, dass die Kriegsverordnungen bald aufgehoben würden und die Briten wieder das Recht haben würden, die Feuerwaffen ihrer Wahl ohne staatliche Genehmigung zu kaufen. Doch die Regierung hatte andere Vorstellungen.

Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs hatte in Russland die bolschewistische Revolution hervorgebracht. Die Armeen des neuen Sowjetstaates rückten in Polen ein und immer mehr Arbeiter in aller Welt schlossen sich den Streiks an, zu denen radikale Arbeiterführer aufgerufen hatten, die den Sturz des Kapitalismus prophezeiten. Viele Kommunisten und andere Radikale glaubten, die Revolution stehe unmittelbar bevor; überall in der englischsprachigen Welt fürchteten die Regierungen das Ende.

Die Reaktion war heftig. In Amerika startete Justizminister A. Mitchell Palmer die „[Palmer-Razzien](#)“. Ausländer wurden ohne Anhörung abgeschoben und amerikanische Bürger wurden ohne richterliche Anordnung durchsucht, verhaftet und ohne Kautions festgehalten. Während Amerika von Streiks und Rassenunruhen heimgesucht wurde, erlebte Kanada das Massaker der Regierung an friedlichen Demonstranten während des [Generalstreiks in Winnipeg 1919](#).

In Großbritannien machte sich die Regierung Sorgen darüber, was passieren würde, wenn der Krieg zu Ende sein würde und die Waffenkontrollen ausliefen. Ein geheimes Regierungskomitee für den Waffenhandel warnte vor Gefahren, die von zwei Seiten drohten: vor den „wilden oder halbzivilisierten Stammesangehörigen in den entlegenen Teilen des britischen Imperiums“, die sich Kriegswaffen aus Überschussbeständen beschaffen könnten und vor den „anarchistischen oder ‚intellektuellen‘ Unzufriedenen in den großen Städten, deren Waffe die Bombe und die automatische Pistole ist“.

Auf einer Kabinettsitzung am 17. Januar 1919 sprach der Chef des britischen Generalstabs von der Gefahr einer „Roten Revolution und von Blut und Krieg im In- und Ausland“. Er schlug vor, die Regierung solle sich um ihre Waffen kümmern. Einen Monat später fragte der Premierminister, welche Teile der Armee loyal bleiben würden. Das Kabinett diskutierte über die Bewaffnung von Universitätsangehörigen, Börsenmaklern und Angestellten, um jegliche Revolution zu bekämpfen.

Der Verkehrsminister, Sir Eric Geddes, sagte „einen revolutionären Ausbruch in Glasgow, Liverpool oder London im zeitigen Frühjahr voraus, wenn ein konkreter Versuch unternommen werden könnte, die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen“. „Es ist nicht undenkbar“, warnte Geddes, „dass ein dramatischer und erfolgreicher Staatsstreich in irgendeinem großen Bevölkerungszentrum die Unterstützung der unbesonnenen Masse der Arbeiter gewinnen könnte.“ Nach dem Vorbild des irischen Waffenerlaubnissystems plante das Kabinett, Staatsfeinde zu entwaffnen und Waffen zur Verteilung „an Freunde der Regierung“ vorzubereiten.

Obwohl ein Volksaufstand das Motiv war, präsentierte der Innenminister dem Parlament das Waffengesetz der Regierung von 1920 als eine reine Maßnahme, „um zu verhindern, dass Kriminelle und Personen dieser Art Revolver besitzen und benutzen können“. In Wahrheit war das Problem des kriminellen, nicht-politischen Schusswaffenmissbrauchs nach wie vor verschwindend gering.

Natürlich war 1920 nicht das letzte Mal, dass eine Regierung lügt, um Waffenkontrolle voranzubringen. 1989 lösten in den Vereinigten Staaten verschiedene Polizeiführer sowie Bürokraten der [Drogenbekämpfungsbehörde](#) eine landesweite Panik wegen „Sturmwaffen“ aus, indem sie behaupteten, dass halbautomatische Büchsen die „Waffe der Wahl“ von Drogenhändlern und anderen Kriminellen seien. Tatsächlich zeigten die Polizeistatistiken über sichergestellte Waffen, dass diese Waffen nur für etwa 1 % der Waffenkriminalität verantwortlich waren.

Die meisten Amerikaner schluckten 1989 die Lüge über Verbrechen mit „Sturmwaffen“, und die meisten Briten schluckten 1920 die Lüge über Verbrechen mit Kurzwaffen. In der Tat hatte das Gemetzel des Ersten Weltkriegs (das zum Teil auf die veralteten Taktiken der britischen und französischen Generalstäbe zurückzuführen war) zu einer allgemeinen Abscheu gegen alles geführt, was mit dem Militär zu tun hatte, einschließlich Gewehren und Kurzwaffen.

So kam der Firearms Act (Waffengesetz) von 1920 mit Leichtigkeit durch das Parlament. Briten, die zuvor das Recht hatten, Waffen zu tragen, durften Pistolen und Gewehre nur noch besitzen, wenn sie der Polizei einen „guten Grund“ für die Genehmigung nachwiesen. Schrotflinten und Luftgewehre, die als „Sportwaffen“ angesehen wurden, blieben von der Kontrolle ausgenommen.

In seinen Anfangsjahren wurde der Firearms Act nicht besonders streng durchgesetzt, außer in Irland, wo revolutionäre Aufrührer die Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft forderten. In Großbritannien war ein „[Feuerwaffenschein](#)“ für den Besitz von Gewehren oder Kurzwaffen leicht zu bekommen. Der Wunsch, eine Schusswaffe zur Selbstverteidigung zu besitzen, galt als „guter Grund“ für die Erteilung eines Feuerwaffenscheins.

Die Bedrohung durch die bolschewistische Revolution – die den Anstoß für den Firearms Act gegeben hatte – war schnell verfliegen, da die kommunistische Regierung der Sowjetunion ihre Energie darauf verwendete, die vollständige Kontrolle über ihr eigenes Volk zu erlangen, anstatt die Revolution zu exportieren. Gewöhnliche Schusswaffenkriminalität in Großbritannien – der Vorwand für den Firearms Act – blieb weiterhin minimal. Trotz der friedlichen Lage machte die Regierung keine Anstalten, die überflüssigen Waffenkontrollen aufzuheben, sondern begann stattdessen, die Kontrollen weiter auszuweiten.

#### **IV. Die 1930er**

1934 wurde eine Arbeitsgruppe der Regierung, der [Bodkin](#)-Ausschuss, gebildet, um den Firearms Act zu untersuchen. Der Ausschuss erstellte Statistiken über den Missbrauch von Waffen, die zu dieser Zeit nicht reguliert waren (Schrotflinten und Luftgewehre), und erstellte keine Statistiken über die regulierten Waffen (Gewehre und Kurzwaffen). Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass es keine überzeugenden Belege für die Aufhebung irgendeines Teils des Firearms Acts gibt. Da der Bodkin-Ausschuss es vermieden hatte, nach Beweisen für die tatsächliche Funktionsweise des Firearms Acts zu suchen, war es

nicht überraschend, dass der Ausschuss keine Hinweise für eine Reduzierung der Kontrollmaßnahmen fand.

In den Jahren 1973 und 1988, als die Regierung versuchte, die Kontrollen noch weiter auszudehnen, behaupteten die Befürworter von Waffenkontrolle, dass der Bericht des Bodkin-Ausschusses ein klarer Beweis dafür sei, wie gut der Firearms Act von 1920 funktioniere, und warum die Kontrollen auf andere Waffen ausgedehnt werden sollten.

Angestachelt durch den Bodkin-Ausschuss erließ die britische Regierung 1934 ein neues Gesetz, das (mit einigen wenigen Ausnahmen) den Besitz von kurzläufigen Schrotflinten und automatischen Schusswaffen vollständig untersagte. Das Gesetz lehnte sich teilweise an den [National Firearms Act](#) in den Vereinigten Staaten an (in dem derartige Waffen besteuert und registriert, aber nicht verboten wurden).

Infolge der Alkoholprohibition hatte Amerika in den 1920er und frühen 1930er Jahren ein Problem mit dem kriminellen Missbrauch von automatischen Waffen, insbesondere durch die organisierte Kriminalität, die mit der Lieferung von illegalem Alkohol ein lukratives Einkommen erzielte. Die Aufhebung der Prohibition im Jahr 1933 hatte die Mordrate in den USA in einen Sturzflug versetzt, aber der Kongress setzte den NFA im Jahr 1934 trotzdem in Kraft.

In Großbritannien gab es kein Alkoholverbot und somit auch kein Kriminalitätsproblem mit automatischen Waffen (oder anderen Schusswaffen). Dennoch wurden diese Waffen verboten, da, wie die Regierung erklärte, automatische Waffen in den Vereinigten Staaten als verbrechensrelevant galten und es keinen legitimen Grund für Zivilisten gäbe, sie zu besitzen.

Mit der gleichen Begründung wird heute versucht, halbautomatische Schusswaffen in den Vereinigten Staaten zu verbieten. Da einige Regierungsbeamte der Meinung sind, dass die Bürger halbautomatische Schusswaffen für die Jagd nicht „brauchen“, sind sie der Ansicht, dass solche Waffen verboten werden sollten, unabhängig davon, ob sie häufig für Verbrechen verwendet werden oder nicht.

Ab 1936 erweiterte die britische Polizei die Feuerwaffenscheine um die Auflage, dass die Waffen sicher aufbewahrt werden müssen. Da Schrotflinten nicht erlaubnispflichtig waren, gab es für sie keine solche Vorschrift.

Während die Bestimmung der sicheren Aufbewahrung abstrakt betrachtet vernünftig erscheinen mag, wurde sie letztlich von einer Polizeibürokratie, die entschlossen war, Waffenbesitzer so viele Schikanen wie möglich erleiden zu lassen, auf höchst unvernünftige Weise durchgesetzt. In einem Fall aus den 1990er Jahren ließ jemand, der von einem Schießstand zu sich nach Hause fuhr, eine Stunde lang Munition in einem verschlossenen Auto zurück. Als die Munition gestohlen wurde, wurde der Mann verurteilt, weil er die Munition nicht an einem sicheren Ort aufbewahrt hatte.

## V. Der Zweite Weltkrieg

Nach der Niederlage Frankreichs und der Evakuierung von Dünkirchen im Jahr 1940 mangelte es Großbritannien an Waffen für die Verteidigung der Insel. Die Heimwehr ([Home Guard](#)) war gezwungen, mit Stöcken, Regenschirmen, Speeren, Piken und Knüppeln zu üben. Wenn die Bürger eine Waffe auftreiben konnten, handelte es sich in der Regel um eine Sportflinte, die wegen ihrer geringen Reichweite und der sperrigen Munition für militärische Zwecke nicht geeignet war.

Hier fehlt im Original (offenbar) das **BILD** [Anm. d. Übers]

Premierminister Winston Churchill bei der Inspektion eines [Enfield](#) Nr. 4, das die Briten nach Dünkirchen einführten, da das Gewehr in Massenproduktion hergestellt werden konnte.

In Anzeigen der britischen Regierung in amerikanischen Zeitungen und Magazinen wie [The American Rifleman](#) wurden die Amerikaner gebeten, „ein Gewehr zu schicken, um ein britisches Heim zu verteidigen – die britische Zivilbevölkerung, die sich der Bedrohung durch eine Invasion ausgesetzt sieht, braucht dringend Waffen zur Verteidigung ihrer Häuser“. Die Anzeigen baten um „Pistolen, Büchsen, Revolver, Schrotflinten und Ferngläser von amerikanischen Zivilisten, die diesem Aufruf folgen und bei der Verteidigung britischer Heime helfen wollen“.

Den Alliierten nahestehende Organisationen in den Vereinigten Staaten sammelten Waffen. Die [National Rifle Association](#) verschiffte 7.000 Gewehre nach Großbritannien. Großbritannien kaufte auch überschüssige Enfield-Gewehre aus dem Ersten Weltkrieg vom amerikanischen Kriegsministerium.

In dem Buch [Englands größte Stunde](#) (Their Finest Hour) von Premierminister Winston Churchill wird die Ankunft der Lieferungen von Gewehren des Kalibers .300 und Artilleriegeschützen des Kalibers .75 durch die US-Regierung im Juli 1940 beschrieben. Churchill überwachte die Lieferungen persönlich, um sicherzustellen, dass sie auf schnellen Schiffen verschickt und zuerst an die Mitglieder der Home Guard (Heimwehr) in den Küstengebieten verteilt wurden. Churchill war der Meinung, dass die amerikanischen Spenden „auf einem ganz anderen Niveau waren als alles, was wir bisher über den Atlantik transportiert haben, mit Ausnahme der kanadischen Division“. Churchill warnte den First Lord, dass „der Verlust dieser Gewehre und Feldkanonen eine Katastrophe ersten Ranges wäre“.

„Als die Schiffe aus Amerika mit ihren kostbaren Waffen unsere Küsten erreichten, warteten in allen Häfen Sonderzüge, um die Ladung in Empfang zu nehmen“, erinnerte sich Churchill. „Die Heimwehr in jeder Grafschaft, in jeder Stadt, in jedem Dorf blieb die ganze Nacht auf, um sie in Empfang zu nehmen.... Ende Juli waren wir eine bewaffnete Nation.... viele unserer Männer und einige Frauen hatten jetzt Waffen in ihren Händen.“

Hier fehlt im Original (offenbar wieder) das **BILD** [Anm. d Übers.]

In seinem Geschäft in New York City verpackt Major Anthony Fiala (l.) vom American Committee For Defense of British Homes (Amerikanisches Komitee zur Verteidigung britischer Heime) [.45-70 Falltürkarabiner](#), während der Vorsitzende Cutting zusieht. Die Bemühungen des Komitees führten dazu, dass mehr als 25.000 Gewehre und zwei Millionen Schuss Munition zur Verteidigung Großbritanniens gegen die Nazi-Invasion geschickt wurden.

Vor dem Krieg hatten sich die britischen Behörden geweigert, die Herstellung der Thompson-Maschinenpistole im eigenen Land zuzulassen, weil es sich um eine „Gangsterwaffe“ handelte. Als der Krieg ausbrach, wurde eine große Anzahl von in Amerika hergestellten Thompsons nach Großbritannien geliefert, wo sie als „Tommy-Guns“ bezeichnet wurden.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, tat die britische Regierung alles in ihrer Macht Stehende, um zu verhindern, dass die Männer, die ihr Leben für die Verteidigung der Freiheit und Großbritanniens riskiert hatten, die während des Krieges erlangten Gewehre behalten konnten. Truppentransporter, die nach England zurückkehrten, wurden nach Souvenir- oder Beutewaffen durchsucht und Männer, die bei dem Versuch erwischt wurden, Schusswaffen nach Hause zu bringen, wurden bestraft. Waffen, die von amerikanischen Zivilisten gespendet worden waren, wurden von der Home Guard (Heimwehr) eingesammelt und von der britischen Regierung vernichtet.

Dennoch gelangten große Mengen an Schusswaffen nach Großbritannien, wo viele von ihnen bis heute auf Dachböden und unter Dielen liegen. Zumindest einige britische Waffenbesitzer kamen, wie ihre [amerikanischen] Kollegen – z.B. in New Jersey und New York City, wo man Waffen gerne beschlagnahmt –, allmählich zu dem Schluss, dass ihre Regierung ihnen nicht vertraute und dass sie nicht darauf vertrauen konnten, dass eben diese Regierung fair mit ihnen umgehen würde.

## **VI. Die 1950er und 1960er**

Nachdem die britische Regierung in den 1920er Jahren ein Genehmigungssystem für Kurz Waffen und Büchsen eingeführt, in den 1930er Jahren automatische Waffen vollständig verboten und in den 1940er Jahren die von den Amerikanern an die britische Home Guard gespendeten Gewehre beschlagnahmt hatte, ließ sie das Thema Waffenkontrolle in den 1950er Jahren in Ruhe. Die Kriminalität war immer noch recht gering und Themen wie die allgemeine Gesundheitsfürsorge und der Kalte Krieg beherrschten den politischen Dialog.

Wie in den meisten Ländern der westlichen Welt waren die späten 1960er Jahre in Großbritannien eine Zeit steigender Kriminalität und innerer Unruhen. Im Jahr 1965 wurde die Todesstrafe abgeschafft, außer für Hochverrat und Piraterie.

Waffenkriminalität schien kein Problem darzustellen. Scotland Yard erklärte „mit einiger Zuversicht“, dass die Ziele, „die unsachgemäße und unvorsichtige Aufbewahrung und Verwendung von Schusswaffen.... zu unterbinden und es Kriminellen zu erschweren, sie zu

erlangen... tatsächlich erreicht wurden“. Im Juni 1966 teilte Innenminister Roy Jenkins dem Parlament mit, dass er nach Beratungen mit den Polizeipräsidenten und dem Innenministerium zu dem Schluss gekommen sei, dass die Kontrolle von Schrotflinten die Mühe nicht wert sei. Doch sechs Wochen später verkündete Jenkins, dass neue Schrotflintenkontrollen notwendig seien, weil Flinten für Kriminelle zu leicht zu haben seien.

Gab es innerhalb von sechs Wochen einen plötzlichen Anstieg von Verbrechen mit Schrotflinten? Ganz und gar nicht. Was passiert war, war, dass drei Polizisten in Shephard's Bush mit illegalen Revolvern ermordet worden waren. Die Bevölkerung forderte vehement die Todesstrafe und Jenkins, ein Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe, reagierte mit der Ankündigung neuer Kontrollen für Schrotflinten, um die Aufmerksamkeit von der Schlinge abzulenken.

Jenkins' Schrotflintenkontrollen machten keinen logischen Sinn. Eine Regulierung von Schrotflinten hätte offensichtlich keine Auswirkungen auf den kriminellen Gebrauch von nicht lizenzierten Revolvern, also jenen Waffen, mit denen die drei Polizisten ermordet wurden.

Jenkins behauptete, dass „der kriminelle Gebrauch von Schrotflinten rasch zunimmt, noch rascher als der anderer Waffen“. Die „schnell“ zunehmende Kriminalität im Zusammenhang mit Schrotflinten betraf jedoch meist Wilderei oder Sachbeschädigung und nicht bewaffnete Raubüberfälle oder Morde.

Nichtsdestotrotz hat Jenkins sein Hauptziel, die öffentliche Aufmerksamkeit von der Todesstrafe abzulenken, erreicht, indem er zeigte, dass er „etwas tat“ gegen die Kriminalität, indem er Schrotflintenkontrollen vorschlug. Die Taktik von Jenkins wurde seither von vielen anderen Politikern angewandt, darunter der ehemalige New Yorker Gouverneur Mario Cuomo, ein Befürworter von Waffenverboten und ein Gegner der Todesstrafe.

Auf Ersuchen von Jenkins begann die britische Regierung mit der Ausarbeitung des Gesetzes, das zum Criminal Justice Act von 1967 wurde. Das neue Gesetz verlangte eine Lizenz für den Erwerb von Schrotflinten.

Wie der Gun Control Act von 1968 in den Vereinigten Staaten war auch das britische Gesetz von 1967 Teil eines umfassenden Kriminalitätspakets, das eine Reihe von Eingriffen in die bürgerlichen Freiheitsrechte beinhaltete. Das britische Gesetz schaffte das Erfordernis einstimmiger Geschworenenurteile in Strafprozessen ab, beseitigte das Erfordernis einer vollständigen Beweisaufnahme bei Überstellungsanhörungen an ein höheres Gericht [sog. committal hearing, Anm. d. Übers.] und schränkte die Presseberichterstattung über diese Anhörungen ein.

Nach dem System von 1967, das größtenteils immer noch in Kraft ist, muss eine Person, die zum ersten Mal eine Schrotflinte erwerben möchte, einen „Schrotflintenschein“ erwerben. Die örtliche Polizei konnte den Antragsteller ablehnen, wenn sie der Meinung war,

dass sein „Besitz einer Flinte die öffentliche Sicherheit gefährden würde“. Die Polizei war verpflichtet, die Bescheinigung zu erteilen, es sei denn, der Antragsteller wies einen besonderen Mangel in seinem Lebenslauf auf, wie z. B. ein Eintrag im Strafregister oder eine psychische Erkrankung in der Vergangenheit.

Der Antragsteller musste einen Gegenzeichner benennen, eine Person, die die Richtigkeit der Angaben im Antrag bestätigt. Während der Überprüfung, die mehrere Wochen dauern kann, kann die Polizei die Wohnung des Antragstellers aufsuchen. In den ersten Jahrzehnten der Anwendung des Systems wurden etwa 98 % aller Anträge bewilligt.

Nach Erteilung des Schrotflintenscheins, der 12 £ kostet, konnte ein Bürger so viele Schrotflinten erwerben, wie er wollte. Private Übertragungen zwischen Bescheinigungsinhabern waren legal und wurden nicht überwacht.

---

### Über den Autor:

Die britische Geschichtsdarstellung in dieser Broschüre ist teilweise dem zweiten Kapitel des preisgekrönten Buches [The Samurai, the Mountie and the Cowboy: Should America Adopt the Gun Controls of Other Democracies?](#) (Der Samurai, der Mountie und der Cowboy: Sollte Amerika die Waffenkontrollmaßnahmen aus anderen Demokratien übernehmen?) von David B. Kopel entnommen. Das Buch wurde von der American Society of Criminology Division of International Criminology zum Buch des Jahres gekürt.

Dave Kopel ist Autor zahlreicher Artikel in Magazinen, Zeitungen und juristischen Fachzeitschriften sowie Herausgeber des Buches [Guns: Who Should Have Them?](#) (Schusswaffen: Wer sollte sie besitzen dürfen?) Er schrieb zusammen mit Paul H. Blackman [No More Wacos: What's Wrong with Federal Law Enforcement and How to Fix It](#). (Nie mehr ein neues Waco: Was mit den Strafverfolgungsbehörden auf Bundesebene schief läuft und wie man es beheben kann.)

Kopel, der früher stellvertretender Bezirksstaatsanwalt in New York City war, ist derzeit außerordentlicher Professor für Rechtswissenschaften an der New York University Law School und Forschungsdirektor des Independence Institute, einer an freier Marktwirtschaft orientierten Denkfabrik in Golden, Colorado. Die Website des Instituts lautet <http://i2i.org>.

Den amerikanischen Originalartikel „**Lost Battles, Lost Rights**“ kann man hier abrufen: <https://www.nraila.org/articles/19990716/lost-battles-lost-rights-by-david-kopel>

Alle Links stammen vom Übersetzer.

Deutsche Übersetzung: November 2023